

Jugendparlament: Noten sollen bleiben, aber mit verbaler Zusatzbeurteilung

Ausschuss spricht sich für den Schutz der Privatsphäre aus

Wien (PK) – Die Ausschussberatungen des Jugendparlaments über die Reform der Unterrichtsgestaltung wurden am frühen Nachmittag fortgesetzt. Zur vorliegenden Novelle des Schulunterrichtsgesetzes wurden zwei Abänderungsanträge eingebracht. Jener des gelben Klubs fand keine Unterstützung durch die anderen Fraktionen und wurde somit abgelehnt. Der von den Klubs der Violetten, Türkisen und Weißen vorgelegte Antrag wurde bei der Abstimmung mehrheitlich angenommen.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage beziehen sich auf die Berücksichtigung der sozialen und familiären Umstände der Schülerinnen und Schüler bei der Unterrichtsgestaltung, auf die Leistungsbeurteilung und auf die Bewertung der Lehrerarbeit. So sollen die sozialen und familiären Umstände nur dann berücksichtigt werden, wenn dies dem Wunsch einer Schülerin oder eines Schülers entspricht. Die AntragsstellerInnen sprechen sich darüber hinaus für die Beibehaltung der Schulnoten in der Leistungsbeurteilung aus, diese sollen jedoch um eine verbale Beschreibung ergänzt werden. Aber auch die Lehrerinnen und Lehrer sollen ein Feedback zu ihrer Arbeit erhalten, und zwar durch eine regelmäßige Befragung der Schülerinnen und Schüler. Im Gegensatz zur ursprünglichen Vorlage, in der vorgesehen war, dass die SchülerInnen teilweise den Unterricht selbst gestalten können, wird nun deren Recht normiert, Anregungen für den Unterricht zu geben.

Der Schutz der Privatsphäre sowie die Beibehaltung der Leistungsbeurteilung durch Noten steht auch im Mittelpunkt des Antrags der Gelben. Statt einer zusätzlichen verbalen Beurteilung schlagen sie jedoch ein mündliches Feedback in Abständen von zwei Monaten vor. Die Bewertung der Lehrerarbeit soll durch die Klassengemeinschaft erarbeitet werden. Der Passus, wonach Schülerinnen und Schüler den Unterricht selbst gestalten sollen, wurde im Antrag der Gelben völlig gestrichen.

An der lebhaften Diskussion beteiligten sich die Abgeordneten Philipp Schmidt, Marton Veress (beide G), Bibi Tosic, Mohammed El Hamzawy (beide T), Katharina Scheuba, Theresa Pohler, Jairus Pineda (alle V), sowie Verena Hörmann (W).

Die Diskussion über die im Ausschuss geänderte Regierungsvorlage wird im Plenum des Jugendparlaments fortgesetzt. (Schluss Ausschuss)